

REGION

Milchviehfütterung / Der Luzerner Peter Stadelmann, Geschäftsführer der Kunz Kunath AG, warnt vor einer Verteufelung des Kraftfutters und äussert sich zur Ökologisierung der Landwirtschaft. **SEITE 12**

Amrein Aktiv-Futter®
Sichtbare Qualität.

NEU!

Aktiv-Top-Dressing Entwurmung
► für Zuchtsauen (Nr. 4690)
► zur Langzeitentwurmung im Deckzentrum

weitere Infos: **Amrein Futtermühle AG** 6203 Sempach Station
Tel 041 469 70 70 Fax 041 469 70 60
info@aktiv-futter.ch www.aktiv-futter.ch

Leo Müller gegen Bauernverband

SURSEE ■ CVP-Nationalrat Leo Müller stellt sich bei der Revision des Raumplanungsgesetzes gegen den Bauernverband. Das Gesetz müsse nicht geändert werden, die Luzerner Regierung beweise dies, sagt er in einem Interview in der «Neuen Luzerner Zeitung». Müller gehört dem Luzerner Komitee «Nein zur Revision des Raumplanungsgesetzes» an, welches diese Woche gegründet wurde.

Die Bodenpolitik würde zentralisiert, der Föderalismus ausgehebelt, lauten Müllers Argumente. Zudem sei er gegen die vorgesehene Mehrwertabgabe von 20 Prozent bei der Überbauung oder dem Verkauf eines Grundstücks. Die Luzerner Regierung habe bewiesen, dass sie auch ohne neue Gesetze den Boden schütze, indem sie gegen die Wakeboard-Anlage in Ruswil und gegen die CKW-Solaranlage in Inwil war.

bza

Wasserbüffel beschäftigen

KLINGNAU ■ Der Tod von vier Wasserbüffelkälbern in Klingnau zieht weite Kreise. Die Tiere beweideten unter der Oberaufsicht von Pro Natura ein Auengebiet. Eines war von der Herde zertrampelt worden, die anderen starben in Folge von Mangelerkrankung. Nun hat SVP-Grossrat Jean-Pierre Gallati im Aargauer Kantonsparlament eine Interpellation eingereicht. Es stelle sich die Frage der Glaubwürdigkeit von Pro Natura. Gallati stellt in diesem Zusammenhang sogar das Verbandsbeschwerderecht von Pro Natura zur Debatte. Pro-Natura-Geschäftsführer Johannes Jenny beruft sich auf eine Verkettung unglücklicher Umstände, darunter auch eine persönliche Notsituation beim zuständigen Tierhalter.

bza

Urner Tierschutz wird kritisiert

URI ■ Die Stiftung Tier im Recht prangert Urner Tierschutzmassnahmen an, schreibt das «Urner Wochenblatt». Grund dafür sind die wenigen Tierschutzstrafverfahren: Im Kanton Uri wurden 2011 nur drei solcher Verfahren durchgeführt, ein Jahr zuvor vier und zwischen 1995 und 2009 kein einziges. Die Stiftung folgert daraus nun keineswegs, dass die Urner Bevölkerung besonders tierlieb sei, sondern dass der strafrechtliche Tierschutz im Kanton Uri kaum vollzogen werde. Kantonstierarzt Josef Risi begründet, dass man nicht jeden Verstoß gleich anzeigen, sondern zuerst Verwaltungsmassnahmen angeordnet würden. Damit werde oft schneller eine Verbesserung erreicht.

bza

Weniger Wachstum in Fläche

Raumplanung / Mit der Gesetzesrevision sollen alte Ziele endlich wirkungsvoller umgesetzt werden, so bei Bauzonen.

LUZERN ■ In den letzten 20 Jahren ist die landwirtschaftliche Nutzfläche in der Schweiz um 5,3 Prozent gesunken, die Siedlungsfläche um 23,4 Prozent gewachsen, deutlich mehr als die Bevölkerung. Hektarmässig sind die Prozentzahlen fast identisch. Eindrücklicher ist die Zahl des täglichen Kulturlandverlusts: Es verschwindet eine Fläche von elf Fussballfeldern, das sind jede Sekunde ein Quadratmeter. «Die Schweiz wird zugebaut – was tut die Raumplanung?» Zu diesem Thema veranstaltete das Forum für Ethik und Ökologie letzte Woche im Bahnhof Luzern eine Fachtagung, die von rund 100 Interessierten, darunter zahlreiche Bauern, besucht wurde.

Raumplanungsziele bisher teilweise verfehlt

Daniel Wachter, Leiter Sektion nachhaltige Entwicklung beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), beleuchtete die Entwicklung der Raumplanung und der Bauzonen. Fast die ganze Schweiz sei zum Pendlergebiet geworden, die Metropolisierung



Mike Siegrist,
Rawi Luzern

Fruchtfolgeflächen dürfen nicht mehr zum Bauen beansprucht werden, sonst sind diese zu kompensieren.

schreitet voran, immer mehr Leute wollen immer mehr Wohnraum pro Kopf, bis in 20 Jahren werde die Schweizer Bevölkerung von heute acht auf neun bis zehn Mio anwachsen.

Die Überbauung der Schweiz hänge aber auch mit der teils nicht funktionierenden Raumplanung zusammen: Die Bauzonen sind zu gross, die Zersiedelung wird kaum gebremst,

LBV-Politforum

Der Luzerner Bäuerinnen- und Bauernverband (LBV) organisiert zur Abstimmung über das Raumplanungsgesetz ein Politforum. Dieses findet am Montag, 28. Januar, um 20 Uhr im Restaurant Ochsen, Grosswangen, statt. Nach der Erläuterung zur aktuellen Situation in der Raumplanung und beim Kulturland wird Pro und Kontra diskutiert. Für das Gesetz referieren SBV-Vizepräsident und Kantonsrat Josef Dissler sowie der Grüne-Nationalrat Louis Schelbert. Gegen das Gesetz referieren SVP-Nationalrat Felix Müri und Roland Vonarburg, Kantonsrat und Präsident Gewerbeverband Kanton Luzern. **js**



Das Siedlungsgebiet wächst noch immer stark auf der Fläche und nagt am Kulturland. Mit dem neuen Raumplanungsgesetz soll das Wachstum nach innen durch bessere Ausnutzung gefördert werden. (Bild Archiv bza)

Anreize für Siedlungsentwicklung nach innen sind kaum vorhanden, es gibt kaum Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg bei der Raumplanung.

Dank Revision ein wirkungsvolleres Gesetz

Seit Jahren habe man sich um Verbesserungen bemüht, eine Totalrevision des Raumplanungsgesetzes scheiterte aber politisch. Erst die Landschaftsinitiative, die in den Übergangsbestimmungen ein Bauzonenmoratorium während 20 Jahren fordert, habe zu Dynamik in der Politik und zur nun vorliegenden Teilrevision des Gesetzes geführt. Darüber wird am 3. März abgestimmt, weil der Gewerbeverband dagegen das Referendum ergriff.

Kommt es zu einem Nein, wird automatisch wenige Monate später über die Landschaftsinitiative abgestimmt. Nur bei einem Ja wird die Initiative zurückgezogen. Für Wachter ist ein Bauzonenmoratorium, wie dies die Initiative vorschreibt, aber problematisch. «Seriöse Kantone wie Luzern werden bestraft, large Kantone, die in der Vergangenheit viel zu viel einzonten, aber belohnt.»

Mietpreise werden wegen neuem Gesetz nicht steigen

Er wies deshalb auf die Vorteile der Gesetzesrevision hin, welche die Entwicklung nicht blockiere, aber in wirkungsvol-

lere Bahnen lenke und einen häuslicheren Umgang mit dem Boden bezwecke. Einzonungen in Gemeinden sind nur noch regional abgestimmt möglich und wenn innere Reserven



Daniel Wachter,
ARE Bern

Die bestehenden Bauzonen bieten Platz für weit mehr als eine Million zusätzliche Einwohner.

berücksichtigt sind. Bestehende Bauzonen werden überprüft und sind, wenn zu gross, gegen Entschädigung zurückzuzonen. Dies soll mit der Mehrwertabgabe von mindestens 20 Prozent des Einzonungsgewinns finanziert werden. Das sei nichts Neues, schon das heutige Gesetz würde eine solche Abgabe ermöglichen, nur wenige Kantone haben diese aber eingeführt. Von der Abgabe würden Kantone und Bund profitieren und auch die Bauern, weil der Druck auf Landwirtschaftsland abnehme.

Die Abgabe werde erst fällig bei einer Verflüssigung des neu einzonten Baulandes, und das Gesetz sehe ausdrücklich keine

steuerliche Doppelbelastung zusätzlich zur Grundstückgewinnsteuer vor, betonte Wachter.

Wachter glaubt auch nicht an eine Preissteigerung, weil nur dort zurückgezont werde, wo ein Überangebot bestehe. Deshalb unterstützt selbst der Mieterverband, neben Bauernverband, Kantonen und vielen weiteren Organisationen, die Gesetzesrevision.

Genügend Baulandreserven auf der Luzerner Landschaft

Kantonsplaner Mike Siegrist vom Rawi erläuterte die seit letztem September geltende neue Luzerner Raumentwicklungsstrategie. Die inzwischen sehr knapp gewordene Fruchtfolgefläche soll besser geschützt werden. Bevölkerungswachstum soll im ganzen Kanton möglich sein, gerechnet wird mit einer weiteren Zunahme um 60 000 auf 440 000 Einwohnern bis 2030. Das Flächenwachstum soll aber begrenzt werden, die Ent-

wicklung mehr nach innen erfolgen. Auf der Landschaft seien die Bauzonenreserven genügend gross bis zu gross. Weitere Einzonungen sollen je nach Bedarf aber in den Zentren und Entwicklungsgebieten möglich sein. In der Podiumsdiskussion wurde der vermehrte Kulturlandschutz und die Begrenzung des baulichen Wachstums auf der Fläche begrüsst. Zu beachten sei künftig aber, dass Wohnen und Arbeiten näher zusammenrücken, damit die Verkehrsprobleme reduziert werden könnten. Die Ziele der Gesetzesrevision wurden auch von Stefan Felder, Vorstandsmitglied Biosphäre Entlebuch, und dem Surseer Bauvorsteher Bruno Bucher unterstützt. Der Wandel müsse aber auch in den Köpfen der Gesellschaft erfolgen. So könne nicht immer mehr Wohnraum pro Kopf beansprucht werden, und Einfamilienhäuser seien weniger erwünscht.

Josef Scherer

Zu grosse Bauzonen

Schweizweit sind 12 bis 18 Prozent der Bauzonen von rund 230 000 ha heute noch nicht bebaut. Das bietet Platz für 1 bis 1,7 Mio zusätzliche Bewohner. Luzern liegt im Mittelfeld. Die nicht bebauten Flächen machen hier 13 Prozent von rund 9900 ha Bauzonenfläche aus. Eher knapp

sind die Reserven in den Zentren und Entwicklungsachsen, eher zu gross auf der Landschaft. Ob im Kanton überhaupt ein Rückzonenbedarf bestehe, sei noch offen. Mehr Probleme dürfte Wallis haben, hier sind etwa 25 Prozent der gesamten Bauzonen nicht bebaut. **js**